



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

5. Sitzung (öffentlich)

7. Dezember 2005

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung1

- RVR-Trägerschaftsverhandlungen1

1 Beförderung in der vorläufigen Haushaltswirtschaft nach § 81 GO NRW 1

- Bericht des Innenministeriums über die Erfahrungen mit dem Erlass vom 18. März 2005 (vergleiche hierzu Vorlage 13/3301)

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Bericht durch StS Karl Peter Brendel (IM)1
- Diskussion3

Landtag Nordrhein-Westfalen	- II -	APr 14/82
Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform		07.12.2005
5. Sitzung (öffentlich)		rß

2	Zweites Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG).....	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung	
	Drucksache 14/705	
	• Diskussion.....	5
	• Ergebnis: <i>beschlossen</i>	5
3	Arena Düsseldorf	6
	Vorlage 14/155	
	• Diskussion.....	6
4	Soziales und strukturpolitisches Desaster für die nordrhein-westfälischen Städte verhindern: Der Landtag lehnt einen Verkauf der LEG ab!.....	12
	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
	Drucksache 14/207	
	<u>In Verbindung damit:</u>	
	Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP	
	Drucksache 14/253	
	• Diskussion.....	12
	• Ergebnis: <i>abgelehnt</i>	16
5	Familienzentren sollen zu Orten für Kinder und Familien werden	16
	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP	
	Drucksache 14/471 – Neudruck	
	• Ergebnis	17
	Nächste Sitzung: Mittwoch, 11. Januar 2006.....	17

keine Beförderungen mehr möglich. Die Budgetbildung sollte man also noch einen Gestaltungsspielraum zulassen, wonach Beförderungen in der etwaigen Höhe der Vergangenheit durchgeführt werden könnten.

MR Stefan Mnich (IM) versichert, der nötige Spielraum werde da sein. Seine Sorge – und die höre er auch von anderer Seite – sei eigentlich eher, bei dem Spielraum zu beachten, dass im Rahmen des § 81 GO auch Grenzen eingehalten werden müssten. Aber das Budget werde mit Sicherheit entsprechend gestrickt. – **StS Karl Peter Brendel (IM)** ergänzt, man sei sich darüber hinaus im Klaren, dass durch diese Regelung kein zusätzliches Geld erzeugt werde.

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/705

Vorsitzender Edgar Moron schickt voraus, dieser Gesetzentwurf sei am 30. November vom Plenum an den Innenausschuss – federführend – sowie an den AKV und an den HFA zur Mitberatung überwiesen worden. Hinsichtlich der Beratung bestehe Eilbedarf, weil die Landesregierung zum 01.01.2006 den Gesetzentwurf in Kraft setzen wolle. Insofern sollte der Ausschuss versuchen, heute ein Votum abzugeben.

Theo Kruse (CDU) legt dar, der in der vergangenen Woche eingebrachte Gesetzentwurf sei ohne Debatte an die Ausschüsse deswegen verwiesen worden, weil Einvernehmen unter den Fraktionen darüber bestehe, dass die Anpassung so zu erfolgen habe, wie in dem Gesetzentwurf vorgeschlagen. Von daher bitte die CDU-Fraktion um Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf.

Horst Becker (GRÜNE) will der Bitte entsprechen und dem Gesetzentwurf zustimmen. Allerdings habe die damalige Opposition laut Plenarprotokoll vom 27.01.2005 darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit für diese Leistungsgesetze auf das Land übergehen solle. Möglicherweise sei der Standpunkt vom Januar überholt.

Hans-Willi Körfges (SPD) kündigt für seine Fraktion ebenfalls Zustimmung zu dem Gesetzentwurf an. Mit großer Genugtuung nehme man zur Kenntnis, dass die CDU sich der SPD-Meinung angeschlossen habe.

Sodann der nimmt der **Ausschuss** den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/705 mit den Stimmen aller Fraktionen an. – Das Votum ergeht an den federführenden Innenausschuss.

